


TOP THEMA

Hilfe für Rettungskräfte – Emotionale Kompetenz früh stärken

Umgang mit Stress und Gefühlen sollte Teil der Ausbildung im Rettungswesen werden

Sie sind häufig die ersten am Unfallort. Sie retten Leben. Doch der Einsatz der Rettungshelferinnen und -helfer ist mit viel Stress verbunden. Erschöpfung und emotionale Belastungen können die Folge sein, müssen es aber nicht. Eine Studie der Initiative Gesundheit und Arbeit (iga) zeigt: Das Training emotionaler Kompetenzen in der Ausbildung hat einen schützenden Effekt.

Die Belastungen im Rettungsdienst sind vielfältig. Täglich müssen die Beschäftigten mit Verletzung und Tod umgehen, oft unter Zeitdruck arbeiten. Im Einsatz werden sie behindert oder beschimpft, auch von den Menschen, denen sie eigentlich helfen wollen. Im Rahmen einer Studie der Unfallkasse Nordrhein-Westfalen gaben 64 Prozent von 812 an der Umfrage beteiligten Einsatzkräften an, 2017 mindestens einmal Opfer verbaler, nonverbaler und/oder körperlicher Gewalt gewesen zu sein.

Solche Angriffe können neben physischen Verletzungen auch Stress und Burnout zur Folge haben. „Beschäftigte, die am Arbeitsplatz Opfer von Gewalt wurden, erhalten von den Berufsgenossenschaften und Unfallkassen nicht nur die notwendige medizinische sondern auch die psychologische Unterstützung“, betont Prof. Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der DGUV. „Wichtig ist aber auch, dass sie möglichst früh – am besten schon in der Ausbildung – das Rüstzeug bekommen, um mit schwierigen Situationen in ihrem Beruf umgehen zu können.“

Hier setzt das Training emotionaler Kompetenzen (TEK) an, das den Umgang mit eigenen Gefühlen wie Angst, Trauer oder Wut schult. Es wurde bereits erfolgreich bei Polizeikräften, Lehrkräften und Beschäftigten in der Altenpflege eingesetzt.



Foto: chatabala – stock.adobe.com

Rettungskräfte sind während ihrer Arbeit hohen emotionalen Belastungen ausgesetzt. Oft berichten sie über Depression und Ängste. Daher ist es sinnvoll, die Kompetenzen zur Stressregulierung bereits in der Berufsausbildung zu verankern.

Die aktuelle Studie untersucht, ob das TEK während der Ausbildung Rettungskräfte entlastet. Die Resonanz der Teilnehmerinnen und -nehmer war durchweg positiv. Sie berichteten von einer deutlichen Entwicklung ihrer Kompetenz im Umgang mit den eigenen Gefühlen. Das Training schützte sie auch vor emotionaler Erschöpfung sowie vor Zynismus. Es wird empfohlen, das TEK in die Ausbildungscurricula der Rettungskräfte aufzunehmen. Darüberhinaus könnten andere personenbezogene Dienstleistungsberufe in der Erziehung oder Heilerziehungspflege von den positiven Effekten profitieren. Die Studie ist im iga.Report 37 erschienen.

Web: www.iga-info.de > Veröffentlichungen
> iga.Report 37

STICHWORT
iga

Die Initiative Gesundheit und Arbeit (iga) ist eine Kooperation von BKK Dachverband, DGUV, AOK-Bundesverband und Verband der Ersatzkassen. Ziel ist es, arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren durch Arbeitsschutz und betriebliche Gesundheitsförderung vorzubeugen.



Dicke Bretter

Liebe Leserinnen und Leser,

am Beginn eines Jahres schlagen wir den neuen Kalender auf und schon beanspruchten Termine, Wiedervorlagen, Geburtstage, sogar erste To-do-Listen die besten Plätze. Da sind sie also wieder – all die großen und kleinen Herausforderungen, die wir nach den sich überschlagenden Jahresrückblicken gerne aus den Augen verloren hatten.

Manche gestalten, andere verwalten ihre Kalender. Doch in einer Welt, die sich manchmal schneller ändert als wir wahrnehmen können, wollen wir prüfen und handeln: Wann gilt es neue Wege zu gehen, sich zu öffnen, was müssen wir bewahren und wo verbessern? Keine leichte Aufgabe, denn 2019 wollen wir dicke Bretter bohren. Wir setzen uns ein für soziale Sicherheit und damit für gesunde, sichere Arbeitsplätze für alle, auch jenseits der „normalen“ Beschäftigungsverhältnisse. Wir arbeiten weiter daran, in Betrieben, Einrichtungen, Schulen und Kitas einen Kulturwandel zu etablieren, in dem Prävention in allem Handeln tagtäglich mitgedacht wird. Und noch eine Notiz in eigener Sache: Der politische Newsletter DGUV Kompakt feiert Jubiläum – zehn Jahre aktuelle Nachrichten aus der gesetzlichen Unfallversicherung.

So füllen wir unsere Kalender – zuversichtlich, die Realität im Blick. Wir freuen uns auf das Gespräch mit Ihnen auch in diesem Jahr!

Ihr


Prof. Dr. Joachim Breuer
 Hauptgeschäftsführer der DGUV

„Demokratie und Inklusion sind zwei Seiten einer Medaille“

Deutschland ist auf einem guten Weg zu mehr Inklusion. Das geht aus einem Zwischenbericht zum Nationalen Aktionsplan zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) hervor. Um allen Menschen die Chance auf einen selbstbestimmten Platz in einer barrierefreien Gesellschaft zu ermöglichen, hat das Bundeskabinett verabredet, den Nationalen Aktionsplan 2.0 bis Mitte 2020 fortzuschreiben. Zu Fragen der Barrierefreiheit und Teilhabe am Arbeitsplatz sprach DGUV Kompakt mit Jürgen Dusel, dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Herr Dusel, das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung wurde von Deutschland am 24. Februar 2009 ratifiziert. Wo steht Deutschland nach 10 Jahren UN-BRK?

Durch die Ratifizierung der UN-BRK wurden die Menschenrechte von Menschen mit Behinderungen beschrieben und gestärkt. Die UN-BRK gibt uns Rückenwind bei unserer Aufgabe, die Lebensbedingungen von Menschen mit Behinderungen konkret zu verbessern.

In den letzten 10 Jahren hat sich viel getan auf dem Weg zu einer inklusiveren Gesellschaft. Ich denke hier an Themen wie Barrierefreiheit, Teilhabe am Arbeitsleben und inklusive Bildung. Wir sind aber noch lange nicht am Ende unseres Weges angekommen.

Ein Schwerpunkt der Fortschreibung des Nationalen Aktionsplanes ist das Thema Inklusion und Digitalisierung Welche Chancen sehen Sie in der Digitalisierung für Menschen mit Behinderungen?

In der Digitalisierung sehe ich große Teilhabechancen für Menschen mit Behinderungen. Es darf uns aber nicht wieder der Fehler unterlaufen, dass wir an die Bedürfnisse der Menschen mit Behinderungen erst denken, wenn der digitale Wandel vollzogen ist. Wir müssen Barrierefreiheit von Anfang mitdenken. Dann können viel mehr Menschen erreicht werden und zum Beispiel auch neue Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderungen erschlossen werden.

Welche Meilensteine haben Sie sich für die Legislaturperiode vorgenommen?

Eine Herzensangelegenheit ist für mich die Abschaffung der pauschalen Wahlrechtsausschlüsse. Denn ich möchte in einem Land leben, in dem alle Menschen die gleiche Wertschätzung genießen. Hinter den Wahlrechtsausschlüssen steht oftmals ein anachronistisches Menschenbild. Es geht zum Beispiel um Menschen, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen arbeiten und durchaus politisch interessiert sind. Es geht um rund 85 000 Menschen in Deutschland, die pauschal vom Wahlrecht ausgeschlossen sind. Ich finde, das steht unserer Demokratie nicht gut zu Gesicht. Besonders in Deutschland müssen wir aufgrund unserer Geschichte besonders sensibel sein, wenn es darum geht, bestimmte Gruppen pauschal von demokratischen Grundrechten auszuschließen.

Es geht mir aber auch um die großen Themen wie eine weitere deutliche Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen am Arbeitsleben. Sie ist ein wichtiger Schlüssel zur Inklusion. Zwar hat sich hier schon einiges zum Guten entwickelt. So haben wir zurzeit circa 1, 2 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse von Menschen mit Behinderungen - das ist so viel wie noch nie. Wir müssen aber gleichzeitig feststellen, dass rund ein Viertel aller beschäftigungspflichtiger Arbeitgeber, das sind 41.000 an der Zahl, keinen einzigen Menschen mit Behinderungen beschäftigt. Das ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel. Da muss man sich etwas einfallen lassen, um diesen Zustand zu ändern. Bei den Unternehmen, die wirklich keinen einzigen Menschen mit Behinderung einstellen, muss aus meiner Sicht als ultima

ratio auch eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgabe in Betracht gezogen werden.

Ein weiteres wichtiges Thema für mich ist bezahlbarer und barrierefreier Wohnungsbau. Auch vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft muss Barrierefreiheit als Qualitätsmerkmal von Anfang an beim Wohnungsbau mitgedacht werden. Aus meiner Sicht verdient nur barrierefreier Wohnungsbau den Titel „sozialer Wohnungsbau“.

Was ist Ihnen besonders wichtig?

Die Gruppe der Menschen mit Behinderungen ist ja komplett heterogen. Sie haben unterschiedliche Bedürfnisse und damit ist auch die Frage der Barrierefreiheit unterschiedlich zu beantworten. Rollstuhlfahrer brauchen vielleicht die Rampe am Haus. Ich als hochgradig Sehbehinderter kann zwar gut Treppen steigen, freue mich aber über eine Audio-Unterstützung. Schwerhörige Menschen benötigen hin und wieder einen Gebärdensprachdolmetscher, um teilnehmen zu können. Mir ist es wichtig, das Bewusstsein dafür wecken, dass man nicht alle Menschen mit Behinderung über einen Kamm scheren kann. Genau das erleben wir immer wieder in der öffentlichen Debatte.

Noch einmal zurück zur Arbeitswelt. Es ist für Menschen mit Behinderung nach wie vor schwerer einen Job zu finden. Wie lässt sich die Situation verbessern?

Viele Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber haben immer noch falsche Vorstellungen von der Leistungsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen. Das liegt häufig daran, dass sie keine kennengelernt haben. Auch deswegen ist das gemeinsame Lernen, das gemeinsame Großwerden so wichtig. Ich kann das an meiner eigenen Geschichte verdeutlichen. Das Abitur habe ich auf einer so genannten Regelschule gemacht und war dort eines der wenigen Kinder mit Behinderung. Für mich war das wichtig, aber mindestens ebenso wichtig war es für die Kinder ohne Behinderung. Diejenigen von ihnen, die später Personalverantwortung übernommen haben, stellen heute eher einen Menschen mit Behinderung ein. Sie wissen ja aus eigener Erfahrung: Eine Sehbehinderung hält



Foto: Andi Weiland – www.gesellschaftsbilder.de

Das Bundeskabinett hat verabredet, den Nationalen Aktionsplan 2.0 bis Mitte 2020 fortzuschreiben. Ein besonderer Schwerpunkt liegt auf dem Thema Inklusion und Digitalisierung. Menschen mit Behinderung werden an der Fortschreibung beteiligt, nach dem Grundsatz: „Nichts über uns - ohne uns!“

nicht davon ab, zu lernen, zu arbeiten und kreativ zu sein. Menschen, die dieses eigene Erleben nicht gehabt haben, werden vielleicht denken: Wie soll jemand, der fast blind ist, denn diesen Job machen? Deshalb ist das gemeinsame Lernen so wichtig. Es strahlt weit in die Gesellschaft aus.

Sie sind vertraut mit der Arbeit der gesetzlichen Unfallversicherung. Was kann sie tun, um die Inklusion am Arbeitsplatz voran zu bringen?

Die gesetzliche Unfallversicherung steht für eine gute Rehabilitation und Reintegration ins Arbeitsleben. Als Träger der Rehabilitation hat sie viele Kontakte in die Arbeitswelt und damit auch gute Chancen, auf Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zuzugehen. Sie kann für das Thema werben, sei es zum Beispiel über Fortbildungen oder im Kontakt zu Betriebsärztinnen und -ärzten.

Ich mache andere Rehabilitationsträger gerne auf das Engagement der gesetzlichen Unfallversicherung aufmerksam: Seht her, da gibt es eine Organisation, die bereits einen Aktionsplan gemacht und ihn sogar auf den 2.0 Standard gebracht hat. Und sie hat dabei gelernt, dass ein Aktionsplan auch eine tolle Möglichkeit ist, zu Ergebnissen zu kommen, die man zunächst gar nicht erwartet hatte. Diesem Beispiel können anderen Institutionen folgen.

Noch ein Blick in die Zukunft: Welche langfristigen Pläne stehen auf Ihrer Agenda?

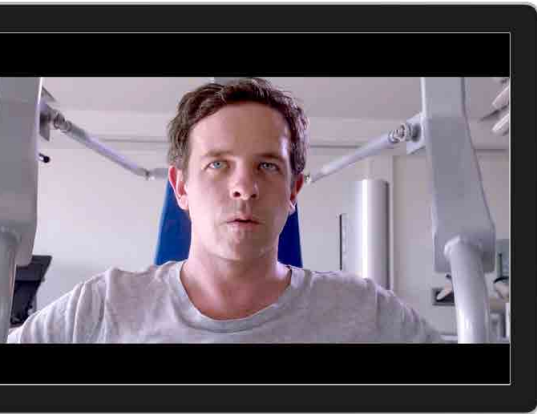
Es gibt da noch ein dickes Brett, das ich anbohren möchte: Auch private Anbieter von Dienstleistungen und Produkten, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, sollten zur Barrierefreiheit verpflichtet werden. Das gilt zum Beispiel für die Zugänglichkeit von Restaurants oder Kinos. Es gilt aber auch für Wohnungen oder für Bankautomaten, die für Sehbehinderte kaum nutzbar sind. Unser Grundgesetz regelt das aus meiner Sicht ganz deutlich. In Artikel 14 gibt es die Garantie des Eigentums, in Absatz zwei heißt es: Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen. Das ist mein Ansatzpunkt, denn zur Allgemeinheit gehören auch Menschen mit Behinderung. Es ist nicht einzusehen, warum zum Beispiel Patientinnen und Patienten mit Behinderungen nicht in Arztpraxen hinkommen, weil die nicht barrierefrei sind. Das ist nicht länger hinnehmbar.



Foto: Henning Schacht

Jürgen Dusel
Bauftragter der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen

Der Kampf zurück ins Leben



„Ich komme wieder“ hat bei den 9. Cannes Corporate Media & TV Awards den 1. Platz in der Kategorie „Medizin- und Gesundheitsfilme“ gewonnen.

Täglich erleiden knapp 2.900 Menschen in Deutschland einen Unfall bei der Arbeit oder auf dem Weg dorthin. Für besonders schwere Unfallverletzungen betreiben Berufsgenossenschaften und Unfallkassen

eigene Kompetenzzentren, die BG Kliniken. Hier bekommen die Unfallopfer medizinische Versorgung auf hohem Niveau und eine integrierte Rehabilitation. Was das konkret bedeutet, zeigt die Kurzdokumentation „Ich komme wieder“. Sie basiert auf einer wahren Begebenheit und schildert den Fall des Ingenieurs Felix Roth. Infolge eines Verkehrsunfalls auf dem Weg zur Arbeit wird er mit schweren Verletzungen in ein BG Klinikum gebracht. Nach mehreren Operationen kämpft sich Felix Roth Stück für Stück zurück ins Leben. An seiner Seite begleiten ihn stets medizinische Fachkräfte sowie das Rehamanagement seiner Berufsgenossenschaft. Die Doku macht Mut. Felix Roth kann nach Monaten der Mühe und Anstrengung die Klinik endlich wieder verlassen. Seitdem arbeitet er in seiner Firma und in seinem bisherigen Beruf.

Die Kurzdokumentation ansehen:
Web: www.bg-kliniken.de > medien > filme

MELDUNG

Breuer übernimmt Professur in Lübeck

Am 1. Oktober 2018 hat Prof. Dr. Joachim Breuer, Hauptgeschäftsführer der DGUV, den neu geschaffenen Lehrstuhl für Versicherungsmedizin an der Universität Lübeck übernommen. „Ich freue mich sehr auf die neue Aufgabe und vor allem auf die Arbeit mit jungen Menschen. Einen besonderen Fokus möchte ich auch auf die Ursprünge der Versicherungsmedizin lenken. Das betrifft zum Beispiel die Auswirkungen von unterschiedlichen Bezahlssystemen, Philosophien und Steuerungen in der Sozialversicherung auf medizinisches Handeln. Hier sehe ich noch viel Forschungsbedarf.“

Der Forschungsbereich Versicherungsmedizin des Instituts für Sozialmedizin und Epidemiologie ist der erste Lehrstuhl seiner Art in Deutschland.



Das Turmgebäude von 1912 – Wahrzeichen der Universität zu Lübeck.

Er untersucht die gegenseitige Beeinflussung und Abhängigkeit zwischen (sozial) versicherungsrechtlichen Regelungen und medizinischer Behandlung. Dabei stehen Auswirkungen von Bezahlssystemen ebenso im Vordergrund wie Leistungsdefinitionen und Zielbestimmungen im Versicherungsbereich. Ökonomische und soziale Folgewirkungen von Gesamtsystemen wie auch Modellgestaltungen gehören mit zum Arbeitsschwerpunkt.

Foto: Thomas Berg / Universität zu Lübeck

German Paralympic Media Award 2019

Am 20. März 2019 wird in Berlin erneut der größte deutsche Medienpreis im Bereich Behindertensport verliehen. Detaillierte Informationen zum Award, den Kategorien und zur Teilnahme an der Verleihung unter

Web: www.dguv.de/gpma



TERMINE

27. Februar – 1. März 2019
GfA Frühjahrskongress
der Gesellschaft für Arbeits-
wissenschaft 2019
DRESDEN
www.gfa2019.de

20. März 2019
German Paralympic
Media Award 2019
BERLIN
www.dguv.de/gpma

20. – 22. März 2019
Wissenschaftliche Jahres-
tagung der DGAUM (Deutsche
Gesellschaft für Arbeits-
medizin und Umweltmedizin)
ERFURT
www.dgaum.de/Termine

ZAHL DES MONATS

13.625

... neue Arbeitsunfallrenten wurden in 2017 festgestellt. Das sind 507 Rentenzahlungen weniger als im Vorjahr.

IMPRESSUM

Herausgegeben von: Deutsche Gesetzliche Unfallversicherung (DGUV), Prof. Dr. Joachim Breuer (Hauptgeschäftsführer). Die DGUV ist der Spitzenverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften und der Unfallversicherungsträger der öffentlichen Hand.
Herausgeberbeirat: Dr. Renate Colella (Vorsitz), Udo Diel, Dominique Dressler, Prof. Dr. med. Axel Ekkernkamp, Markus Hofmann, Gabriele Pappai, Dr. Udo Schöpf, Karl-Sebastian Schulte
Chefredaktion: Gregor Doecke, Kathrin Baltscheit, DGUV, Glinkastr. 40, 10117 Berlin
Redaktion: Kathrin Baltscheit, Stefan Boltz, Diana Grupp, Anne Schattmann
Grafik: Christoph Schmid, www.christophschmid.com
Verlag: Quadriga Media Berlin GmbH, Werderscher Markt 13, 10117 Berlin
Druck: DCM Druckcenter Meckenheim

FOLGEN SIE UNS AUF TWITTER

 **@DGUVKompakt**

Nachrichten live aus der Redaktion:
www.twitter.com/DGUVKompakt

Kontakt

KOMPAKT@DGUV.DE
WWW.DGUV.DE/KOMPAKT